Die ganze Woche
43-2023
Seite: 12-14
Land: Österreich
Region: Überregional

Auflage: 251.232
Reichweite: 681000
Artikelfläche: 148468 mm²
Skalierung: 83%

Dr. Gabriele Krone-Schmalz zum Krieg in der Ukraine „Es ist so vi

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist nach der gescheiterten Gegenoffensive im eigenen Land umstritten. Ein Ende des Kampfes gegen die völkerrechtswidrig einmar-

Sie gehört zu jenen Menschen, die über den Tellerrand hinausschauen und die sich ein umfassendes Bild vom politischen Geschehen verschaffen. Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, 73, war die erste westliche Korrespondentin für den deutschen Sender ARD in der russischen Hauptstadt Moskau und gilt als eine fundierte Russland-Kennerin. In ihren Büchern „Russland verstehen?" und „Eiszeit", beide im Verlag Westend erschienen, nimmt sie die ausgrenzende Politik des Westens gegenüber Russland kritisch unter die Lupe. Dr. Krone-Schmalz hat Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik studiert und fordert mehr Umsicht von den Akteuren innerhalb der Europäischen Union. Mit Kritik dort, wo sie angebracht ist, aber auch Ausgewogenheit und Kompromiss, wo es zum Wohl der Menschen Europas erforderlich ist.

Frau Prof. Dr. Krone-Schmalz, Sie wurden immer wieder als „Putin-Versteherin" verunglimpft. Weil Sie dafür eintreten, nicht von vorneherein den einen als Guten und den anderen als Bösen zu betrachten. Sind Sie auch eine „Biden-Versteherin"?

Ich versuche, das, worüber ich berichte, zu verstehen. Und zwar im Sinne von begreifen. Man kann Dinge verstehen, ohne dafür Verständnis zu haben. Das kann identisch sein, muss aber nicht. Grundsätzlich sind das zwei verschiedene Dinge. Und was Biden betrifft – ich bin keine Amerika-Expertin, aber mir geht es immer darum, Zusammenhänge zu erfassen. Einen Panoramablick für das gesamte Geschehen zu haben. Insofern versuche ich, das Handeln von Politikern nachzuvollziehen, im Sinne von erklären. Und da meinen einige eben, das mit dem Vorwurf „Putin-Versteherin" diskreditieren zu müssen.

Ich habe meine Arbeit als Auslandskorrespondentin auch genauso verstanden: Ich muss mich auf die Gesellschaft, aus der ich berichte, mit Haut und Haaren einlassen. Dabei muss ich nicht alles gut finden, aber ich muss eintauchen. Wenn Sie so wollen, bin ich eine Art Dolmetscher. Ich muss Fremdes meinen eigenen Leuten verständlich machen. Wenn das was Schlimmes sein soll, dann weiß ich nicht.

Wie sehen Sie die im Dunkeln gehaltenen Ermittlungen der deutschen Staatsanwaltschaft zum Terror-Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines im September des Vorjahres? Glauben Sie, dass dieses Attentat auf Europa jemals aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden?

Ich werde das vielleicht nicht mehr erleben, dass dieser Fall aufgeklärt wird. Aber mir scheint das, was der amerikanische Journalist Seymour Hersh mit seinen akribischen Recherchen herausgefunden hat, dass nämlich die Amerikaner mit freundlicher Unterstützung der Norweger dahinterstecken, am plausibelsten zu sein. Und ich empfinde es als eine Beleidigung des Intellekts von Bürgern, wenn denen einzureden versucht wird, dass eine Yacht für einen technisch so anspruchsvollen Anschlag verwendet worden sein soll, auf der sich eine Handvoll ukrainischer Privatleute befunden hat.

Aber Präsident Selenskyj soll mit dem Anschlag nichts zu tun haben. Und die deutsche Staatsanwaltschaft hat erklärt, dass sie von der Ukraine keine Amtshilfe erwarten würde. Das kann doch nicht sein, dann müsste eben die EU als Druck-

Krone-Schmalz gilt als unermüdliche Kämpferin für einen umfassenden Blick auf das Geschehen in Europa.

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter

Die ganze Woche
43-2023
Seite: 12-14
Land: Österreich
Region: Überregional

Auflage: 251.232
Reichweite: 681000
Artikelfläche: 148468 mm²
Skalierung: 86%

el Heuchelei im Spiel"

schierten russischen Truppen ist nicht zu erwarten. Solange sich Russland in seiner Sicherheit bedroht sieht, weil das westliche Kampfbündnis NATO an seine Grenzen heranrückt.

mittel die Zahlungen sowie die Lieferung von immer neuem Kriegsmaterial einstellen …

Präsident Selenskyj hat den Westen jetzt sogar gewarnt, er solle mit den Waffenlieferungen und militärischer Unterstützung nicht nachlassen. Denn wenn aufgrund mangelnden Nachschubes die ukrainische Gegenoffensive nicht richtig greife, und sich die Ukraine im Stich gelassen fühle, könne er nicht dafür garantieren, dass die vielen Millionen Ukrainer im westlichen Ausland, die sich bislang dankbar erwiesen und gut benommen haben, das auch weiterhin so machen würden.

Es sind ja beinahe täglich neue Forderungen aus der Ukraine zu hören. So, als müssten die Bürger der EU, die ja für das Geld aufkommen, alle Bedingungen widerspruchslos erfüllen. Und die Ukraine könne sich alles herausnehmen, um den widerwärtigen Aggressor Russland zu vertreiben …

Offen gestanden, ich habe das von Anfang an nicht begriffen: Als Andrij Melnyk noch ukrainischer Botschafter in Berlin (D) war, hat er sich in seiner Art der Kommunikation Dinge herausgenommen, da wäre vermutlich jeder andere Botschafter des Landes verwiesen worden. Er hat sowohl den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als auch Bundeskanzler Olaf Scholz ungeniert beleidigt, ohne dass es von Politik oder Medien eine nennenswerte Reaktion gegeben hätte, dass das so nicht akzeptabel sei.

Melnyk dachte wohl, er könne sich angesichts des russischen Angriffes vieles erlauben …

Es ist so viel Heuchelei im Spiel. Wir tun jetzt so, als wäre die Ukraine der Hort von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Ukraine gehörte noch bis vor Kurzem zu den korruptesten Staaten weltweit. Es ist nicht anzunehmen, dass sich das ausgerechnet in Kriegszeiten zum Besseren wendet. So spielen etwa Oligarchen in der Ukraine eine viel mächtigere Rolle als in Russland.

Es werden immer wieder Ängste geschürt, weil es heißt, Putin wolle sich nicht nur mit dem Donbass begnügen, sondern sich zunächst die gesamte Ukraine einverleiben und dann seine Expansionspolitik weitertreiben. Dabei gibt es nicht eine Aussage des russischen Präsidenten, die darauf schließen lässt, nicht wahr?

Es lassen sich immer Zitate aus dem Zusammenhang reißen, denen man das entnehmen zu können glaubt. Ich denke, es gilt eine grundsätzliche Frage zu klären: Geht es Russland und Putin tatsächlich um Imperialismus oder um russische Sicherheitsinteressen. Ich bin nach Lage der Dinge davon überzeugt – und zwar ohne ideologisierend oder moralisierend da heranzugehen –, dass es in erster Linie um russische Sicherheitsinteressen geht und seit vielen Jahren ging. Denn die sind nach 1991, also nach dem Zerfall der Sowjetunion, systematisch vernachlässigt worden. Dabei hat Russland dieses Thema immer und immer wieder, manchmal nahezu flehentlich angesprochen. Darauf hat der politische Westen leider nie angemessen reagiert. Man meinte, das nicht ernstnehmen zu müssen. Aus russischer Sicht stellen sowohl die NATO-Osterweiterung als auch die Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien eine existentielle Bedrohung dar, schon gar, wenn man bedenkt, dass diese technisch relativ leicht in Angriffssysteme umgerüstet werden können.

Präsident Selenskyj setzt sich immer wieder gekonnt in Szene. Hier bei einem Frontbesuch.

Und die dann eine bedeutende Gefahr für Russland darstellen, weil sie recht nahe sind …

Die Ukraine hat neben der geografischen Nähe zu Russland noch eine ganz andere historische und emotionale Bedeutung. Aus meiner Sicht wäre es klüger gewesen, sowohl beim EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine als auch bei der Sicherheitsarchitektur Europas Russland mit einzubeziehen, statt die Ukraine vor die Wahl zu stellen: entweder Richtung Westen oder Richtung Russland. So aber wurden vollendete Tatsachen geschaffen,

Bitte blättern Sie um!

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter

Die ganze Woche
43-2023
Seite: 12-14
Land: Österreich
Region: Überregional

Auflage: 251.232
Reichweite: 681000
Artikelfläche: 148468 mm²
Skalierung: 84%

Fortsetzung von Seite 13

die für Russland eine potenzielle Gefahr darstellten: Die USA haben eine strategische Partnerschaft mit der Ukraine geschlossen und das Land noch einen Monat vor Kriegsbeginn Ende Februar 2022 eingeladen, am Strategiepapier der NATO für 2030 mitzuarbeiten. Die Ukraine hat im Vorfeld im Süden und Osten des Landes Truppen zusammengezogen und es gab das Dekret von Präsident Selenskyj, die Krim und die Donbass-Gebiete mit militärischer Gewalt zurückzuholen. Der Krieg, der seit 2014 in diesen Gebieten herrschte, wurde in der westlichen Berichterstattung so gut wie ausgeblendet. Dabei kämpften ukrainische Soldaten und Milizen gegen die dort ansässige Bevölkerung mit all der Brutalität, die wir jetzt in anderen Teilen der Ukraine gezeigt bekommen. Aber das hat nicht so sehr interessiert.

Dennoch wird vom Westen stets auf den brutalen und völkerrechtswidrigen Überfall Russlands verwiesen ...

Der Angriff war völkerrechtswidrig, keine Frage. Wenn wir uns jetzt aber einen Perspektivwechsel erlauben, und

Der damalige EU-Chef Manuel Barroso (Mitte) nahm 2012 den Friedensnobelpreis in Oslo (Norwegen) entgegen.

uns in die Lage Russlands versetzen, dann ist die Situation folgende: Wenn die NATO-Osterweiterung weitergeht, hat Russland nicht nur Raketenstellungen in Polen und Rumänien zu fürchten, sondern auch an der ukrainisch-russischen Grenze. Das heißt, die Vorwarnzeit für Moskau bei einem militärischen Schlag reduziert sich auf wenige Minuten. Dadurch wird Moskau seiner Zweitschlagfähigkeit beraubt und das stellt eine existentielle Bedrohung dar. Außerdem liegt die russische Schwarzmeerflotte an der Krim. Das ist durch internationale Verträge auch so geregelt. Aber das scheint heute keine Rolle mehr zu spielen.

Worin liegt Ihrer Meinung nach das Versäumnis des Westens?

Nun ja, in erster Linie, das Angebot eines gemeinsamen europäischen Hauses, das der damalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow gemacht hat, nicht angenommen zu haben. Nachdem sich der Warschauer Pakt, der Gegenspieler der NATO, aufgelöst hatte, hätte dringend über eine Sicherheitsarchitektur verhandelt werden müssen, die Russland mit einbezieht. Denn wie soll das gehen – auf dem europäischen Kontinent eine Sicherheit gegen Russland aufzubauen? Das geht eben nicht. Diskussionen darüber kommen mir zu kurz. Es wird eher über Effektivität und Durchschlagskraft von Waffensystemen debattiert als über diplomatische Ansätze. Gespräche mit Putin gelten ja nahezu als Landesverrat. Die Ukraine ist überfallen worden, keine Frage, und wir müssen ihr auch helfen. Aber ob wir das mit Waffen tun sollten, bezweifle ich. Ich denke, wir helfen der Ukraine mehr, wenn wir ernsthafte politische Versuche unternehmen, um dieses Gemetzel zu beenden, statt das Material für einen Stellungskrieg zu liefern. Eine tragfähige Lösung wird es nur geben, wenn wir uns der Vorgeschichte stellen, und nicht nur den Zeitraum ab dem 24. Februar 2022 betrachten. Der angesehene SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Erster Bürgermeister von Hamburg (D), hat im Mai auf einer Veranstaltung sinngemäß gesagt: „Ja, dass Russland die Ukraine überfallen hat, ist ein Verbrechen. Dass der Westen diesen Krieg nicht verhindert hat, ist eine Sünde."

Ist die im Jahr 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Europäische Union für Sie ein Projekt mit Zukunft?

Diese Preisverleihung war für mich schon damals nicht nachvollziehbar. Übrigens auch die 2009 nicht, an den früheren amerikanischen Präsidenten Barack Obama (2009 bis 2017). Ich halte es für keine gute Idee, Wunschvorstellungen oder Ansporn mit dieser Preisverleihung zu verknüpfen. Damit wird diese Auszeichnung entwertet. Die Europäische Union hat es zum Beispiel nicht geschafft, den historisch verständlichen Ängsten Polens, Estlands, Lettlands und Litauens und den historisch verständlichen Ängsten Russlands – da hilft ein Blick in die Geschichte und ein Blick auf die Landkarte, um deren Ängste zu verstehen – mit einer konstruktiven Politik zu begegnen, die Interessenausgleich und Friedenssicherung als Ziel hat. In den erstgenannten Ländern funktioniert Moskau nach wie vor als Synonym für Sowjetunion und schlimme Erinnerungen an sowjetische Zeiten. Das ist menschlich verständlich, aber wie kann man diesen Ländern das Sagen in der europäischen Außenpolitik gegenüber Russland überlassen? So macht man keine zukunftsorientierte Friedenspolitik. Die Tragik besteht darin, dass die EU ursprünglich einmal ein recht gutes Verhältnis zu Russland hatte.

Was müsste geschehen?

Es ist doch im ureigenen Interesse der EU, gute Beziehungen zu Russland zu haben. Wie können wir uns das zerschießen lassen durch eine derartige ideologiegesteuerte und moralisierende Politik? Moralische Außenpolitik bedeutet für mich, das Wohl von Menschen konkret im Blick zu haben und nicht das mustergültige Befolgen abstrakter Prinzipien und mögen diese noch so hehr sein.

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter